



Geschäftsführung Ausschuss Soziales und Senioren

Ansprechpartner/in: Frau Kutzer

Telefon: (0221) 221-27467

Fax: (0221) 221-29047

E-Mail: claudia.kutzer@stadt-koeln.de

Datum: 13.11.2008

Niederschrift

über die **Sitzung des Ausschusses Soziales und Senioren** in der Wahlperiode 2004/2009 am Donnerstag, dem 23.10.2008, 15:30 Uhr bis 17:40 Uhr, Rathaus Spanischer Bau, Theoburauen-Saal (Raum-Nr. B 121)

Anwesend waren:

Vorsitzende/r

Herr Walter Kluth SPD

Stimmberechtigte Mitglieder

Frau Hildburg Holländer	CDU	Vertreterin für Herrn Ensmann
Herr Henk van Benthem	CDU	Vertreter für Herrn Lierenfeld
Herr Stephan Pohl	CDU	
Herr Wolfgang Simons	CDU	
Herr Dr. Ralf Heinen	SPD	
Frau Susana dos Santos Herrmann	SPD	
Frau Monika Schultes	SPD	
Herr Ossi Werner Helling	Grüne	
Herr Arif Ünal	Grüne	
Herr Mark Stephen Pohl	FDP	

Mitglieder mit beratender Stimme gem. § 58 Abs. 1 Satz 7-12 GO NRW

Frau Regina Wilden	pro Köln
Herr Michael Kellner	Die Linke.Köln

Sachkundige Einwohner/innen mit beratender Stimme nach § 58 Abs. 4 GO NRW und § 21 der Hauptsatzung

Frau Helga Eylert	auf Vorschlag der CDU
Frau Britta Hollmann	auf Vorschlag der Grünen
Frau Dr. Christiane Köhler	auf Vorschlag der CDU
Herr Horst Ladenberger	auf Vorschlag der Grünen
Frau Heide Lore Puttkamer	auf Vorschlag der CDU
Herr Dr. Walter Schulz	auf Vorschlag der SPD

Vorschläge der Wohlfahrtsverbände

Frau Monika Dierksmeier	Deutscher Paritätischer Wohlfahrtsverband	
Herr Stefan Kersjes	Arbeiterwohlfahrt Kreisverband Köln e.V.	ab 16.04 Uhr anwesend
Herr Peter Krücker	Caritasverband für die Stadt Köln e.V.	
Herr Marc Ruda	Deutsches Rotes Kreuz	
Frau Stella Shcherbatova	Synagogengemeinde	

Sachkundige Einwohner nach § 22 und § 23 der Hauptsatzung

Frau Gudrun Kleinpaß-Börschel	auf Vorschlag der Seniorenvertretung
Herr Viktor Ostrowski	auf Vorschlag des Integrationsrates

Verwaltung

Frau Beigeordnete Marlis Bredehorst
Herr Johannes Bunk
Frau Ina-Beate Fohlmeister
Herr Josef Ludwig
Herr Klaus Müller-Starmann
Herr Hans-Jürgen Oster
Frau Johanna Preßmar-Cuber
Frau Marita Reinecke
Herr Stephan Santelmann
Herr Dr. Konrad Schmidt-Werthern
Herr Dieter Wasmuth
Frau Bettina Zierold

Schriftführer/in

Frau Claudia Kutzer

Sachverständiger zu TOP 0.

Herr Prof. Dr. Schönig,
Katholische Hochschule NRW in Köln

Entschuldigt fehlen

Herr Karl-Gerhard Bachmann	Diakonisches Werk des Evangelischen Kir-
chenverbandes Köln und	Region
Frau Helga Blümel	Diakonisches Werk des Evangelischen Kir-
chenverbandes Köln und	Region
Frau Carolina Brauckmann	auf Vorschlag der Stadtarbeitsgemeinschaft
	Lesben, Schwule und Transgender
Frau Roswitha-Cornelia Burauen	auf Vorschlag der Seniorenvertretung
Herr Franz Decker	Caritasverband für die Stadt Köln e.V.
Herr Bernhard Ensmann	CDU
Firma Antonella Giurano	auf Vorschlag des Integrationsrates
Frau Cornelia Harrer	Deutscher Paritätischer Wohlfahrtsverband
Herr Hans-Heinrich Lierenfeld	CDU
Herr Stefan Meschig	auf Vorschlag der Stadtarbeitsgemeinschaft
	Lesben, Schwule und Transgender
Frau Dr. Uta Renn	auf Vorschlag der SPD
Herr Carl-Wilhelm Rößler	auf Vorschlag der Stadtarbeitsgemeinschaft
	Behindertenpolitik
Frau Ulrike Volland-Dörmann	Arbeiterwohlfahrt Kreisverband Köln e.V.
Frau Bärbel von der Linde	Deutsches Rotes Kreuz
Herr Benzion Wieber	Synagogengemeinde

Der Ausschussvorsitzende Herr Kluth weist auf die aktuelle Tagesordnung hin, in der die fett gedruckten Teile neu hinzugekommen sind. Es handelt sich hierbei um die Tagesordnungspunkte 3.1, 3.2, 4.4 – 4.12, 5.1, 5.2, 6.1, zu 8.1.2, 8.2.1, 8.2.2, 8.2.3, 8.2.4, zu 8.2.4, 9.2, 9.3, zu 10.1, 10.2, 10.3, 11.1 – 11.4.

Die übrigen Ausschussmitglieder stimmen der erweiterten Tagesordnung zu.

Tagesordnung

I. Öffentlicher Teil

0. Altersarmut

(Vortrag von Herrn Prof. Dr. Schönig, Kath. Hochschule NRW)

1 Gleichstellungsrelevante Themen

2 Rückfragen zu Beantwortungen von Anfragen und Mitteilungen aus früheren Sitzungen

3 Beantwortung von Anfragen

3.1 Anfrage gem. 4 der Geschäftsordnung des Rates der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen aus dem Ausschuss Soziales und Senioren - Sitzung am 14.08.2008; Ergänzende Fragen in der Sitzung am 11.09.2008
hier: Personelle Ausstattung der "Behindertenbeauftragten"
AN/1579/2008
4441/2008

3.2 Analoge Anwendung der "Richtlinie zur Berücksichtigung von bürgerschaftlichem Engagement bei der Gewährung von Zuwendungen im Zuständigkeitsbereich des Ministeriums für Generationen, Familie, Frauen und Integration"
hier: Beantwortung der Anfrage von Herrn Helling aus der Sitzung vom 14.08.2008
4419/2008

4 Mitteilungen

4.1 Bericht "Wohnen in Köln-Fakten, Zahlen und Ergebnisse 2007-Ausblicke 2008"
3969/2008

4.2 Zuständigkeit für Eingliederungshilfe für Menschen mit Behinderung in Nordrhein-Westfalen (Kommunen oder Landschaftsverbände)
3131/2008

- 4.3 Zuschüsse zur Förderung des bürgerschaftlichen Engagements im Jahr 2008
Hier: Zuschuss an den Verein "Bürgerinitiative Miteinander in Humboldt-Gremberg"
4275/2008
- 4.4 Mehraufwendungen im Haushaltsplan 2008/2009 zur Kompensation der Personalkostensteigerungen bei Trägern der freien Wohlfahrtspflege sowie der sonstigen freien Träger aus den Bereichen Jugendhilfe, Sozialarbeit, Gesundheit und Migration sowie an die Träger von Bürgerzentren (Beschlussvorlage Nr. 3695/2008 für den Rat)
4423/2008
- 4.5 Zuständigkeit für Eingliederungshilfe für Menschen mit Behinderung in Nordrhein-Westfalen (Kommunen oder Landschaftsverbände): Aktualisierung
4323/2008
- 4.6 Fachtagung "Hotel Plus" des Deutschen Roten Kreuzes e.V.
4435/2008
- 4.7 Neuausrichtung der arbeitsmarktlichen Instrumente im SGB II und SGB III
4530/2008
- 4.8 Entwicklung der Eingliederungsleistungen im SGB II
4541/2008
- 4.9 Pflegestützpunkte
4585/2008
- 4.10 Kennzahlenvergleich 2007 der 16 großen Großstädte Deutschlands
4582/2008
- 4.11 Verlängerung der heroingestützten Behandlung Opiatabhängiger als Bestandteil einer integrierten Substitutionsambulanz
4655/2008
- 4.12 Jahresbericht 2007 der Substitutionsambulanz Neumarkt
4185/2008

5 ARbeitsGEmeinschaft (ARGE) Köln

- 5.1 Modellprojekt "Aktivierung großer Bedarfsgemeinschaften bei der ARGE Köln"
4255/2008
- 5.2 Sachstandsbericht ARbeitsGEmeinschaft (ARGE) Köln
4461/2008

6 Bericht aus der Arbeit der Behindertenbeauftragten

- 6.1 Bericht der Behindertenbeauftragten - 10/2008
4588/2008

7 Anträge gem. § 3 der Geschäftsordnung des Rates

8 Anfragen gemäß § 4 der Geschäftsordnung des Rates

8.1 Anfragen zu früheren Sitzungen

- 8.1.1. Kölner Tiertafel
hier: Anfrage der CDU-Fraktion vom 02.09.2008
AN/1754/2008

zu

- 8.1.1 Antwort der Verwaltung
3943/2008

- 8.1.2. Projekt "Wohnen für Hilfe"
hier: Anfrage der CDU-Fraktion vom 08.09.2008
AN/1777/2008

zu

- 8.1.2 Antwort der Verwaltung
4640/2008

8.2 Aktuelle Anfragen

- 8.2.1. Schuldnerberatung für Senioren
hier: Anfrage der FDP-Fraktion vom 08.10.2008
AN/2001/2008

- 8.2.2. Anwendung des Vergaberechts bei Integrationsleistungen der ARGE
hier: Anfrage der CDU-Fraktion vom 14.10.2008
AN/2031/2008

- 8.2.3. Bundesgesetzliche Regelung im Rahmen des § 87 b SGB XI
hier: Anfrage der CDU-Fraktion vom 15.10.2008
AN/2037/2008

8.2.4. Integrationskonzept für die Stadt Köln
hier: Anfrage der CDU-Fraktion vom 16.10.2008
AN/2049/2008

zu

8.2.4 Antwort der Verwaltung
4664/2008

9 Beschlüsse gemäß § 41 Abs. 2 GO

9.1 Durchführung eines Vergabeverfahrens und Abschluss eines Rahmenvertrages über Umzüge, Transporte, Containerbeladungen und Entrümpelungen für Obdachloseneinrichtungen und Wohnheime für Aussiedler und Flüchtlinge
4268/2008

9.2 Vergabe der Mittel für Antirassismus-Training
4431/2008

9.3 Mobilitätshilfe für Menschen mit Behinderung
4443/2008

10 Ausschussempfehlungen an andere Ausschüsse

10.1 Förderkonzept interkulturelle Kunstprojekte
2915/2008

zu Kulturamt entwickelt sich zum Kulturbüro, DS-Nr. 1939/006 bzw. 2263/2007 sowie Sachstand institutionelle Förderung Bühne der Kulturen e.V.,
10.1 Vorlage-Nr. 3368/2008
3388/2008

10.2 Bewilligung von Zuschüssen zur Struktur- und Beschäftigungsförderung
4406/2008

10.3 Bewilligung von Zuschüssen aus dem Programm "Wir im Quartier" - Struktur- und Beschäftigungsförderungsprogramm im Stadtviertel
4437/2008

11 Ausschussempfehlungen an den Rat

11.1 Prüfauftrag Bildungslandschaft Höhenberg Vingst
4050/2008

11.2 Verlängerung der befristet eingerichteten Planstellen von 1,0 Stelle Facharzt/-ärztin sowie 1,0 Stelle Krankenpfleger/-schwester zur weiteren Teilnahme am Umsetzungskonzept zur medizinischen Versorgung Wohnungsloser in NRW
3975/2008

- 11.3 Verteilung der im Haushaltsplan 2008/2009 für das Jahr 2008 veranschlagten Mittel für die Spitzenverbände der freien Wohlfahrtspflege (Globalmittel einschließlich Zweckzuschüsse für besondere Aufgaben)
3430/2008

- 11.4 Soziale Stadt NRW - Mülheim-Programm
hier: Integriertes Handlungskonzept Mülheim 2020 für das Programmgebiet "Soziale Stadt" Köln - Mülheim
3493/2008

12 Anregungen und Stellungnahmen der Stadtarbeitsgemeinschaften

13 Anfragen

- 13.1 Demenztage
hier: mündliche Anfrage von Herrn Pohl (CDU)

I. Öffentlicher Teil

0. Altersarmut (Vortrag von Herrn Prof. Dr. Schöning, Kath. Hochschule NRW)

Herr Kluth begrüßt Herrn Prof. Dr. Schöning von der Katholischen Fachhochschule NRW, der zusammen mit Herrn Wasmuth, Amt für Soziales und Senioren, das Thema Armut im Alter aus kommunalpolitischer Sicht vorstellt.

Die Ausschussmitglieder sind damit einverstanden, Herrn Prof. Dr. Schöning als Sachverständigen zu diesem Thema anzuhören.

Herr Prof. Dr. Schöning teilt zu Beginn mit, dass es zu dem Thema Altersarmut bislang noch kaum Forschungsarbeiten gebe. Vor diesem Hintergrund habe das Amt für Soziales und Senioren zusammen mit ihm Ende 2007 einen Workshop durchgeführt. Hierzu werde ein Aufsatz als Ergebnis dieser Zusammenarbeit in Kürze veröffentlicht.

Herr Prof. Dr. Schöning stellt dem Ausschuss zum Einen eine empirische Schätzung dieses Phänomens und zum Anderen eine Typologie aus kommunalpolitischer Sicht vor, um dieses Problem nähern zu beleuchten. Altersarmut zeichne sich durch zwei Aspekte besonders aus. Zum Einen sei die Bewältigung der Altersarmut vom biographischen Verlauf abhängig. Zum Anderen bleibe bei dieser Armutslage kein großer Handlungsspielraum, da z.B. eine Aktivierung in den Arbeitsmarkt ausgeschlossen sei.

Herr Wasmuth erklärt, die Armutsquote bei Menschen im Rentenalter sei seit Jahren auf einem relativ gleichbleibenden Niveau. Die Armutsquote im Alter werde von der Armutsquote bei Minderjährigen um ein Vielfaches übertroffen. Verglichen mit den anderen Altersgruppen stelle daher die Altersarmut - allgemein und auch in Köln selbst - noch kein akutes Problem dar. Im Weiteren Verlauf legt Herr Wasmuth ausgewählte Daten aus der Grundsicherung im Alter vor, erläutert den Ist-Zustand und zeigt die Dynamik auf.

Herr Wasmuth stellt vor dem Hintergrund dieser empirischen Daten fest, es gebe bereits heute materielle Altersarmut in Köln. Die Zahl der altersarmen Menschen nehme von Jahr zu Jahr um rd. 550 Menschen per Saldo zu. Dabei sei Altersarmut dauerhaft. Wer im Rentenalter oder unmittelbar zuvor bereits wenig zum Leben habe und auf soziale Fürsorge angewiesen war, der habe statistisch kaum eine Chance, daran etwas zu ändern.

Herr Prof. Dr. Schöning stellt anhand eines Schemas eine Typologie altersarmer Menschen vor.

Anschließend nennt Herr Wasmuth hierzu vier Beispiele. Anhand der Beispiele werde deutlich, dass Altersarmut mehr als nur die materielle Dimension umfasse. Weitere Probleme seien körperlicher und seelischer Natur oder es gebe Probleme bei der Teilhabe am Leben in der Gesellschaft.

Abschließend gibt Herr Wasmuth einen Ausblick darüber, was für einen Sinn die Typologie habe und wie die Verwaltung mit dem Thema umgehe. Er macht klar, dass die statistischen Eckdaten für die Entwicklung eines Handlungskonzeptes gegen Altersarmut wenig ergiebig seien. Durch eine genaue Fallbeschreibung und ihre Einordnung in die dargestellte Typologie werden erste Handlungsoptionen sichtbar. Standardinterventionen schließt Herr Wasmuth ausdrücklich aus. Durch die Veröffentlichung eines Fachbeitrags könne man auf die Vielschichtigkeit von Altersarmut hinweisen. Weiter könne die Sozialverwaltung durch die Beispiele der Typisierung das Interventionssystem überprüfen und möglicherweise im Bereich der Altersarmut optimieren. Die Sozialverwaltung werde nun damit beginnen, in Bezug auf das Interventionssystem ein Konzept zu erstellen.

Die Präsentationsunterlagen sind der Niederschrift als Anlage beigelegt.

Herr Kluth bittet um eine kurze Aussage darüber, wie weiter verfahren werden solle.

Herr Santelmann erklärt, die Verwaltung habe sich mit fachwissenschaftlicher Unterstützung intensiv mit diesem Thema beschäftigt. Das Ergebnis der Bemühungen sei heute dem Ausschuss vorgestellt worden.

Herr Santelmann weist darauf hin, das Amt für Soziales und Senioren habe die Altersarmut als ein Thema für sich erkannt und werde es in sozial- und finanzpolitischer Hinsicht aufgreifen. Es werde jedoch noch etwas Zeit in Anspruch nehmen, daraus ein Konzept zu erarbeiten. Dies werde dem Ausschuss für Soziales und Senioren selbstverständlich vorgestellt werden.

Frau Bredehorst fügt vor dem Hintergrund der ansteigenden Fallzahlen altersarmer Menschen hinzu, dass neben dem Konzept, das das Amt für Soziales und Senioren erstellen werde, auch auf die bundespolitischen Stellen, die die Rahmenbedingungen setzen, eingewirkt werden müsse.

Herr Dr. Heinen fragt, ob es bei der altersbedingten Armut auch strukturelle Faktoren, z.B. in Bezug auf die Wohnsituation, gebe.

Herr Prof. Dr. Schöning erklärt, eine Binnendifferenzierung sei ganz wichtig bei der Analyse der Altersarmut. Dadurch werden auch Unterschiede bei den einzelnen Städten deutlich. Es sei offensichtlich, dass es diese Unterschiede gebe. Da die Städte sehr unterschiedlich mit diesen Problemen konfrontiert seien, bezweifelt Herr Prof. Dr. Schöning, dass eine politisch relevante Umsetzung auf einer höheren Ebene möglich sei.

Herr Prof. Dr. Schöning verweist außerdem auf eine Schätzung, die von einer Altersarmutsquote von 30 % im Jahre 2030 ausgehe.

Frau Dr. Köhler begrüßt die vorgestellten Fallkonstruktionen. Ihr gefalle es auch, dass die Verwaltung ein handlungsorientiertes, qualitativ orientiertes Vorgehen anstrebe.

Herr Helling ist in Bezug auf strukturelle Faktoren der Auffassung, dass die Seniorennetzwerke einen sehr guten Ausgangspunkt darstellen. Die Seniorennetzwerke könnten sicherlich leicht dazu bewegt werden, ihre Aufgabenstellung auf strukturelle Maßnahmen zur Bewältigung von Altersarmut hin zu erweitern. Natürlich müsse dies auch ergänzt werden durch weitere Maßnahmen der Sozialpolitik.

Frau Bredehorst teilt mit, die Stadtarbeitsgemeinschaft Seniorenpolitik habe sich ebenfalls dieses Themas angenommen. Bei den Handlungskonsequenzen müsse man zwei Dimensionen beachten. Der erste Aspekt sei, wie man in Zukunft Altersarmut verhindern könne (Ursachenbekämpfung); der zweite Aspekt sei, wie den heute konkret Betroffenen geholfen werden könne (Armutfolgenbekämpfung). Die Verwaltung beachte beide Dimensionen. Frau Bredehorst betont, für sie sei in Sachen Ursachenbekämpfung die U 25 Konferenz ein sehr wichtiger Punkt.

Frau Kleinpaß-Börschel regt an, dass die Verwaltung in den Fällen, bei denen hilfeschuchende ältere Menschen einen ablehnenden Bescheid erhalten, zusätzlich in diesen Bescheid Hinweise über mögliche andere Hilfen und Tipps aufnimmt. Außerdem schlägt Frau Kleinpaß-Börschel vor, es könne bei dieser Gelegenheit auch die Anschrift der Seniorenvertretung beigefügt werden, da dort auch sehr viele Informationen vorliegen.

Die Verwaltung nimmt diese Anregung gerne auf.

Frau Eylert erklärt an einem Beispiel der Hilfeangebote des Mehrgenerationenhauses in Deutz, dass sie es befürworte, wenn mehr solcher Einrichtungen geschaffen würden.

Herr Pohl (FDP) bemerkt, dass viele Hilfen bereits heute schon angeboten werden. Es sei aber auch notwendig, dies bekannt zu machen. Da es sich zurzeit noch um eine überschaubare Zahl an Betroffenen handle, sei die praktische Hilfe noch relativ einfach umzusetzen. Er unterstützt die Einschätzung von Frau Bredehorst, dass die Ursachenbekämpfung enorm wichtig sei.

Herr Kluth spricht sich dafür aus, dass die Verwaltung prüfen solle, ob die Anregung von Frau Kleinpaß-Börschel kurzfristig umgesetzt werden könne. Die Diskussion sollte fortgeführt werden, sobald die Verwaltung das angekündigte Konzept vorgelegt habe.

1 Gleichstellungsrelevante Themen

Zu diesem Tagesordnungspunkt liegt nichts vor.

2 Rückfragen zu Beantwortungen von Anfragen und Mitteilungen aus früheren Sitzungen

Zu diesem Tagesordnungspunkt liegt nichts vor.

3 Beantwortung von Anfragen

3.1 Anfrage gem. 4 der Geschäftsordnung des Rates der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen aus dem Ausschuss Soziales und Senioren - Sitzung am 14.08.2008; Ergänzende Fragen in der Sitzung am 11.09.2008 hier: Personelle Ausstattung der "Behindertenbeauftragten" AN/1579/2008 4441/2008

Herr Helling bemerkt bezüglich der Tabelle mit der personellen Ausstattung des Büros der Behindertenbeauftragten, dass dort nur 2,5 Stellen unbefristet seien. Die anderen Stellen seien befristet oder ohne Stelle. Gleichzeitig habe man festgestellt, wie vielfältig und wie erfolgreich die Arbeit des Büros der Behindertenbeauftragten sei. Daher legt Herr Helling der Verwaltung nahe, die hier vorgeschlagenen Schritte zur Konsolidierung der Stellenbasis weiter einzuleiten. Außerdem plädiert er dafür, dass die Fraktionen dies bei den Stellenplanberatungen 2010 berücksichtigen und einen interfraktionellen Konsens herstellen sollten.

Herr Pohl (CDU) erklärt, die CDU-Fraktion hätte sich gewünscht, dass eine abgestimmte Antwort als Verwaltungsmeinung vorgelegt worden wäre. Er bittet die Verwaltung um eine Stellungnahme, inwiefern die Möglichkeit bestehe, einen derzeit arbeitslosen, behinderten Menschen mit der Aufgabe der Koordinierung / Initiierung von Aktivitäten, sowie der Beteiligung an Projekten zur Verbesserung der Teilhabe behinderter Menschen zu betrauen, deren drei Schwerpunkte der Arbeitsmarkt für Menschen mit Behinderung; der barrierefreie Tourismus und Bürgergespräche in den Bezirken seien. Herr Pohl bittet im Namen von Herrn Ensmann außerdem um Auskunft, welche Fördermöglichkeiten in diesem Falle bestehen, da derzeit eine Trainee-Kraft mit der Aufgabe betraut sei.

Frau Bredehorst sagt eine schriftliche Beantwortung zu. Zu der Anmerkung von Herrn Pohl, die Verwaltungsantwort sei nicht abgestimmt gewesen, teilt Frau Bredehorst mit, in der Beantwortung habe die Verwaltung dargestellt, dass derzeit eine personalwirtschaftliche Klärung erfolge. Da die Verwaltung dem Ausschuss eine schnelle Antwort geben wollte, habe man den Ausgang der Klärung nicht abwarten wollen. Ein ordnungsgemäßes Abarbeiten dieser personalwirtschaftlichen Klärung erfolge natürlich nun.

Herr Pohl (FDP) merkt zu den Ausführungen von Herrn Helling an, die bestehende Problematik werde nun ganz deutlich. Er appelliert dafür, eine sichere Stellenbasis zu schaffen.

3.2 Analoge Anwendung der "Richtlinie zur Berücksichtigung von bürgerschaftlichem Engagement bei der Gewährung von Zuwendungen im Zuständigkeitsbereich des Ministeriums für Generationen, Familie, Frauen und Integration"
hier: Beantwortung der Anfrage von Herrn Helling aus der Sitzung vom 14.08.2008
4419/2008

Herr Helling bittet die Verwaltung, nach einem Jahr einen Bericht zu erstellen, ob es Anwendungsmöglichkeiten gegeben habe oder nicht.

Die Verwaltung sagt eine Weiterleitung an die Fachverwaltung zu.

4 Mitteilungen

4.1 Bericht "Wohnen in Köln-Fakten, Zahlen und Ergebnisse 2007-Ausblicke 2008"
3969/2008

Herr Kluth bedankt sich im Namen des Ausschusses für diese umfangreiche Ausarbeitung. Der Bericht sei eine der verschiedenen Aktivitäten, die auf das Problem des öffentlich geförderten Wohnungsbaus hinweisen und vor allem seinem negativen Image entgegenwirken wollen. Anhand von vielen Beispielen werde gezeigt, dass öffentlicher Wohnungsbau durchaus attraktiv sein könne. Damit sei der Bericht ein weiteres gutes Beispiel dafür, dass man nun den öffentlich geförderten Wohnungsbau nach außen positiv darstelle. Auch die Themenbereiche barrierefreies Wohnen, Mehrgenerationenwohnen und andere Wohnformen seien wichtige Schritte zur Normalität, um für bestimmte Zielgruppen Wohnungen zu schaffen.

Wichtig sei für Herrn Kluth vor allem, dass das Ziel, mindestens 1000 öffentlich geförderte Wohneinheiten im Jahr zu bauen, erreicht werde, da es an preiswertem Wohnraum mangle. Daher würde er es begrüßen, wenn neben der GAG auch andere Investoren bereit seien, öffentlich geförderten Wohnraum zu bauen.

Frau Bredehorst dankt dem Ausschuss für diese positive Einschätzung der Arbeit des Amtes für Wohnungswesen. Hierzu berichtet sie kurz darüber, dass sich das Amt für Wohnungswesen neu orientiert habe. Man gehe inzwischen sehr offensiv auf Investoren zu, um sozialen Wohnungsbau attraktiver zu machen. Langsam zeichneten sich auch erste Erfolge ab. Frau Bredehorst gibt der Hoffnung Ausdruck, dass in diesem Jahr die Zahl der gewünschten neuen, öffentlich geförderten Wohneinheiten erreicht werden könne.

4.2 Zuständigkeit für Eingliederungshilfe für Menschen mit Behinderung in Nordrhein-Westfalen (Kommunen oder Landschaftsverbände) 3131/2008

Dieser Punkt wird zusammen mit TOP 4.5. beraten.

Frau Schultes bittet die Verwaltung, dabei mitzuwirken, dass die in der Mitteilung benannten Kritikpunkte abgebaut werden.

Herr Ladenberger interpretiert die Ergebnisse der Fachveranstaltung vom 24.09.2008 aus seiner Sicht. Herr Ladenberger erklärt, der Herr Minister Laumann habe ausgeführt, dass die Leistungen, die in den Bereich der Hochzonung fallen, eher bei der Kommune angesiedelt sein sollten. Gleichzeitig habe die Erprobung der Hochzonung aus Sicht des Herrn Minister Laumann positive Ergebnisse gebracht, die möglicherweise sonst so nicht eingetreten wären. Daher habe man die Verlängerung befristet. Herr Ladenberger interpretiert dies so, dass sich die Kommune innerhalb dieses Zeitraums profilieren müsse, bevor in fünf Jahren eine weitere, dauerhafte Entscheidung getroffen werden könne. Vor dem Hintergrund dieser befristeten Verlängerung sehe er einen hohen aktuellen Handlungsbedarf bei der Kommune.

Herr Helling schließt sich den Ausführungen von Herrn Ladenberger an. Wichtig sei der Grundsatz „Hilfen aus einer Hand“. Im Interesse der Autonomie der Betroffenen sollte man längerfristig zu einer kommunalen Lösung kommen.

Frau Bredehorst gibt einige Erläuterungen zur Vorgeschichte der sog. Hochzonung. Die Verwaltung habe sich einerseits gegenüber dem Land dafür ausgesprochen, keine weiteren Aufgabenverlagerungen zum Landschaftsverband hin vorzunehmen, andererseits aber auch Verständnis dafür geäußert, dass die Hochzonung aus bestimmten Gründen zunächst einmal weiter bestehen bleiben solle.

Frau Bredehorst bemerkt abschließend, das Ziel seitens der Kommunen „Hilfen aus einer Hand“ zu gewähren, werde nicht aus den Augen verloren, jedoch müsse und könne man mit dem jetzigen Zustand weiter leben. In dem bestehenden Konflikt zwischen der Verwaltung und dem Landschaftsverband habe dieser nun auch erkannt, dass es noch eine Reihe von Problemen gebe, die es in der nächsten Zeit gelte, zu lösen.

Herr Kluth betont, dieser Konflikt hänge ganz eng mit der Existenz des Landschaftsverbandes zusammen. Er regt an, zunächst wissenschaftlich untersuchen zu lassen, was es die Kommunen kosten werde, wenn die Aufgaben der Eingliederungshilfe von den Kommunen übernommen werden.

Den Informationen von Herrn Kluth nach sei es für die Großstadt Köln, mit vielen Problemfällen, finanziell günstiger, die Aufgaben über den Landschaftsverband erledigen zu lassen. Er weist jedoch darauf hin, dies seien jedoch nur vielfach geäußerte Vermutungen, die wissenschaftliche Untersuchung stehe aber noch aus. Außerdem müsse geklärt werden, ob die anderen Kommunen im Rheinland diese Aufgaben bewältigen könnten und was nach einer Verlagerung mit dem Landschaftsverband geschehe.

Frau Bredehorst erklärt zu der Frage von Herrn Kluth, ob eine Aufgabenverlagerung zur Kommune finanzwirtschaftlich eher positiv oder negativ zu bewerten sei, hänge sehr von der detaillierten Ausgestaltung ab. Es gebe bereits jetzt einen Sozialhilfefaktor bei der Landschaftsumlage, d.h. bei der Umlage werde berücksichtigt, dass in einer Großstadt wie Köln mehr Personen leben, die Sozialhilfe in Anspruch nehmen.

4.3 Zuschüsse zur Förderung des bürgerschaftlichen Engagements im Jahr 2008 Hier: Zuschuss an den Verein "Bürgerinitiative Miteinander in Humboldt-Gremberg" 4275/2008

Die Ausschussmitglieder nehmen diese Mitteilung ohne weitere Anmerkungen zur Kenntnis.

4.4 Mehraufwendungen im Haushaltsplan 2008/2009 zur Kompensation der Personalkostensteigerungen bei Trägern der freien Wohlfahrtspflege sowie der sonstigen freien Träger aus den Bereichen Jugendhilfe, Sozialarbeit, Gesundheit und Migration sowie an die Träger von Bürgerzentren (Beschlussvorlage Nr. 3695/2008 für den Rat) 4423/2008

Herr Kluth teilt mit, bei der SPD-Fraktion habe es Vermutungen gegeben, dass offensichtlich bei den Berechnungen in den Bereichen Soziales, Jugend und Gesundheit andere Berechnungsmodalitäten angewandt worden seien. Da dies nicht mehr genauer geprüft werden konnte, habe man vereinbart, den Beschluss im Rat zu unterstützen. Außerdem solle die Verwaltung bei der Spitzabrechnung am Ende des nächsten Jahres in allen Bereichen nach den gleichen Kriterien verfahren.

4.5 Zuständigkeit für Eingliederungshilfe für Menschen mit Behinderung in Nordrhein-Westfalen (Kommunen oder Landschaftsverbände): Aktualisierung 4323/2008

Siehe TOP 4.2

4.6 Fachtagung "Hotel Plus" des Deutschen Roten Kreuzes e.V. 4435/2008

Frau Wilden fragt, ob auch das Programm der Fachtagung „Hotel Plus“ mit der Verwaltung entwickelt worden sei und nach welchen Kriterien man die Ratsfraktionen für die Podiumsdiskussion ausgewählt habe.

Herr Ruda antwortet, das Deutsche Rote Kreuz sei Veranstalter der Fachtagung. Das Programm sei in Zusammenarbeit mit der Verwaltung erstellt worden. Er sei bereit, die Frage zur Auswahl der Fraktionen bei Bedarf bilateral mit Frau Wilden zu klären.

4.7 Neuausrichtung der arbeitsmarktlichen Instrumente im SGB II und SGB III 4530/2008

Herr Kluth erklärt, die SPD-Fraktion unterstütze die Position der Verwaltung. Er regt an, zu klären, wie hier weiter verfahren werden solle.

Herr Helling ist ebenfalls der Auffassung, dass die Einschätzung der Verwaltung unterstützt werden sollte. Er spricht sich dafür aus, die Verwaltung zu beauftragen, auf der inhaltlichen

Grundlage der Mitteilung einen Brief an den Bundestag zu verfassen, um die Kölner Position in den politischen Diskussionen des Bundestages deutlich zu machen.

Herr Kluth empfiehlt, dass außerdem die Fraktionen als Partei ihre Bundestagsabgeordneten anschreiben, um diese für die Kölner Position zu sensibilisieren. Herr Kluth sagt dies kurzfristig für die SPD-Fraktion zu.

Die Mitglieder des Ausschusses für Soziales und Senioren sind mit diesem Verfahren einverstanden und empfehlen der Verwaltung, das Schreiben an den Bundestag im Namen des Ausschusses für Soziales und Senioren zu verfassen.

4.8 Entwicklung der Eingliederungsleistungen im SGB II 4541/2008

Die Ausschussmitglieder nehmen die Mitteilung ohne weitere Aussprache zur Kenntnis.

4.9 Pflegestützpunkte 4585/2008

Da es sich um eine Tischvorlage handelt, wird die Mitteilung auf die nächste Sitzung vertagt.

4.10 Kennzahlenvergleich 2007 der 16 großen Großstädte Deutschlands 4582/2008

Da es sich um eine Tischvorlage handelt, wird die Mitteilung auf die nächste Sitzung vertagt.

4.11 Verlängerung der heroingestützten Behandlung Opiatabhängiger als Bestandteil einer integrierten Substitutionsambulanz 4655/2008

Da es sich um eine Tischvorlage handelt, wird die Mitteilung auf die nächste Sitzung vertagt.

4.12 Jahresbericht 2007 der Substitutionsambulanz Neumarkt 4185/2008

Da es sich um eine Tischvorlage handelt, wird die Mitteilung auf die nächste Sitzung vertagt.

5 ARbeitsGEmeinschaft (ARGE) Köln

5.1 Modellprojekt "Aktivierung großer Bedarfsgemeinschaften bei der ARGE Köln" 4255/2008

Die Ausschussmitglieder nehmen die Mitteilung ohne weitere Aussprache zur Kenntnis.

5.2 Sachstandsbericht ARbeitsGEmeinschaft (ARGE) Köln 4461/2008

Herr Kellner fragt, ob es nicht auch für Beschäftigte der Stadt Köln, die bei der ARGE eingesetzt sind, möglich gewesen sei, eine Umwandlung von befristeten Arbeitsverträgen in unbefristete Verträge zu erreichen.

Herr Müller-Starmann erklärt kurz, wie sich die Situation der Beschäftigten mit befristeten Arbeitsverträgen in der ARGE darstelle und erläutert das für 2008 und 2009 geplante Verfahren zur Entfristung der Verträge. Die ARGE sei bestrebt, möglichst alle befristet eingestellten Beschäftigten auch weiter in der ARGE zu behalten. Gleichzeitig wolle die ARGE möglichst vielen die Chance geben, auf Dauer in eine unbefristete Beschäftigung zu gelangen. Die sei auf Dauer die einzige Lösung, den Personalwechsel aus der ARGE hinaus begrenzen zu können.

Herr Kluth bittet, den aktuellen Sachstand zur Entwicklung der Integrationsquote bis zum Ende des Jahres zu erläutern. Außerdem bittet er darzustellen, warum nicht alle Mittel für 2008 verausgabt werden können.

Herr Müller-Starmann teilt mit, die angestrebte Quote zur Integration von Menschen in den Arbeitsmarkt werde die ARGE in diesem Jahr erreichen, so wie es in der Zielvereinbarung festgelegt wurde. Das Ziel der Verminderung der passiven Leistungen um den angestrebten Betrag könne nicht ganz erreicht werden. Herr Müller-Starmann erklärt, er könne jedoch mit einiger Sicherheit sagen, dass die ARGE dieser Einsparung nahe kommen werde. Er betont, auf jeden Fall werde die Zielvereinbarung bei den Kosten der Unterkunft erreicht werden können.

Herr Müller-Starmann weist darauf hin, dass die Verausgabung der Mittel aus dem Eingliederungstitel (EGT) nicht so positiv ausfalle. Die ARGE müsse 2008 15 Mio. € aus dem EGT zurückgeben. Nachfolgend erläutert Herr Müller-Starmann die Hauptgründe hierfür.

Von den Mitteln, die 2008 für das neue Förderinstrument gem. § 16 a SGB II - Beschäftigungszuschuss für Menschen mit schweren Vermittlungshemmnissen - zu Verfügung stehen, habe man bis heute nicht einmal ein Viertel ausgeben können. Demnach bleiben alleine aus diesem Ansatz Mittel in Höhe von ca. 9,2 € übrig.

Darüber hinaus sei der Anteil, den die Stadt am Verwaltungshaushalt übernehme, in diesem Jahr deutlich gestiegen. Dies habe dazu geführt, dass der Betrag, der in den Haushalt überführt werden sollte, am Ende tatsächlich doch im EGT verblieben sei.

Herr Müller-Starmann betont, die ARGE habe sich sehr viel Mühe gegeben, die Ziele zu erreichen. Es sei jedoch vermieden worden, „Arbeitslose nur in Maßnahmen zuzuweisen“, um Mittel zu verausgaben. Er betont, der Prozess, den die ARGE für sich eingeleitet habe, werde konsequent zu Ende geführt. Dies habe auf der Integrationsseite auch zu dem gewünschten Ergebnis geführt.

Herr Müller-Starmann geht davon aus, dass im nächsten Jahr diese Bemühungen auf der Seite des EGT ebenfalls zu dem gewünschten Ergebnis führen werden. Zu Beginn 2009 werde ein besseres Controlling eingeführt. Damit habe die ARGE sehr viel schneller Einfluss darauf, dass Mittel rechtzeitig, bedarfsgerecht und in gewünschtem Umfang abfließen. Er betont, es sei wichtig, in die tägliche Arbeit der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter wieder das Bewusstsein einfließen zu lassen, dass Mittel aus dem Eingliederungstitel, solche seien, mit denen Integrationen gefördert werden.

Frau Hollmann fragt, ob durch die Wenigerausgaben im EGT städtische Mittel an den Bund zurückfließen und wie die ARGE vor dem Hintergrund der Neuausrichtung der arbeitsmarktpolitischen Instrumente sicher sein könne, dass im nächsten Jahr die Mittel aus dem EGT vollständig ausgegeben werden können.

Frau Dierksmeier erklärt, es sei eine Tatsache, dass nun aus dem EGT Mittel, die vom Bund oder möglicherweise auch von der Stadt Köln stammen und nicht ausgegeben wurden, an den Bund fließen. Die Entwicklungen haben gezeigt, dass eine Erhöhung des EGT aus Mitteln der Stadt Köln nicht erforderlich gewesen sei.

Frau Bredehorst stellt zunächst eindeutig klar, dass keinerlei städtische Mittel an den Bund fließen und dass die ARGE im Vergleich zum Vorjahr mehr Bundesmittel ausgegeben habe. Außerdem betont Frau Bredehorst in Bezug auf Seite 3 des Berichtes, dass die Bürokratie der Bundesagentur zugenommen habe. Dies habe Auswirkungen auf die Arbeit der ARGE gehabt und dazu geführt, dass die ARGE, der zwar mehr Geld zur Verfügung gestellt wurde, dieses jedoch nicht in dem gleichen Maße habe ausgeben können. Sie betont, in Anbetracht dieser Tatsache habe die ARGE sehr viele Mittel aus dem EGT ausgegeben.

Frau Bredehorst weist zudem darauf hin, dass es zu Beginn des Jahres immense Rückstände bei der Leistungsbearbeitung im Backoffice-Bereich gegeben habe. Sowohl die Verwaltung als auch der Ausschuss stimmten überein, dass die gesamten Kräfte der ARGE auf den Abbau dieser Rückstände konzentriert werden. Das habe natürlich zur Folge gehabt, dass die Integrationsarbeit geringer ausgefallen und weniger Maßnahmen vermittelt worden seien.

Frau Bredehorst hebt hervor, dass die ARGE trotzdem mehr Integrationen als im Vorjahr erreichen konnte. Diese Leistung sei nicht zuletzt auf Grund des neuen Kundenkontaktkonzeptes erzielt worden. Frau Bredehorst ist der Auffassung, man müsse stolz darauf sein, dass nicht so viel Geld ausgegeben und trotzdem mehr Erfolg erzielt wurde.

Frau Bredehorst gibt abschließend einige kritische Informationen zu dem neuen Instrument des § 16 a SGB II.

6 Bericht aus der Arbeit der Behindertenbeauftragten

6.1 Bericht der Behindertenbeauftragten - 10/2008 4588/2008

Herr Kluth dankt für die sehr gelungene Veranstaltung zum 1. Kölner Innovationspreis Behindertenpolitik.

Frau Reinecke weist auf den in der Mitteilung dargestellten Sonderwettbewerb des Betrieblichen Vorschlagwesens zur Barrierefreiheit hin.

7 Anträge gem. § 3 der Geschäftsordnung des Rates

8 Anfragen gemäß § 4 der Geschäftsordnung des Rates

8.1 Anfragen zu früheren Sitzungen

- 8.1.1 Kölner Tiertafel**
hier: Anfrage der CDU-Fraktion vom 02.09.2008
AN/1754/2008
zu 8.1.1 Antwort der Verwaltung
3943/2008

Die Ausschussmitglieder nehmen die Beantwortung der Verwaltung ohne weitere Aussprache zur Kenntnis.

- 8.1.2 Projekt "Wohnen für Hilfe"**
hier: Anfrage der CDU-Fraktion vom 08.09.2008
AN/1777/2008
zu 8.1.2 Antwort der Verwaltung
4640/2008

Da es sich bei der Beantwortung um eine Tischvorlage handelt, stimmen die Ausschussmitglieder darin überein, den Punkt auf die nächste Sitzung zu verschieben.

Herr Dr. Heinen ist der Auffassung, dass studentisches Wohnen mehr in das Blickfeld der Stadt geraten sollte, da die Bindung von Studenten an Köln ein wichtiger Standortentwicklungsfaktor sei. Zu dem Konzept „Wohnen für Hilfe / Studentisches Wohnen“ stellt Herr Dr. Heinen folgende Zusatzfragen:

1. Ist auch daran gedacht, das Konzept in Kooperation mit der Universität weiterhin durchzuführen? Es ist aus Sicht von Dr. Heinen wichtig, mehr Projekte gemeinsam mit der Universität zu entwickeln und dadurch die Zusammenarbeit zu verstärken.
2. Ist daran gedacht, das Projekt so auszuweiten, dass auch eine Kinderbetreuung, schulische Hilfen usw. mit eingebaut werden können?
3. Wird das Projekt in Zusammenarbeit mit dem Studentenwerk und dem ASTA organisiert?
4. Kann das Projekt auch mit der breiteren Wohnungsversorgung für Studenten verknüpft werden?

Herr Ludwig teilt mit, selbstverständlich werde die Verwaltung diese vier angesprochenen Punkte in das Konzept aufnehmen.

8.2 Aktuelle Anfragen

- 8.2.1 Schuldnerberatung für Senioren**
hier: Anfrage der FDP-Fraktion vom 08.10.2008
AN/2001/2008

Eine Beantwortung der Verwaltung liegt noch nicht vor. Die Anfrage wird daher zur nächsten Sitzung erneut auf die Tagesordnung genommen.

**8.2.2 Anwendung des Vergaberechts bei Integrationsleistungen der ARGE
hier: Anfrage der CDU-Fraktion vom 14.10.2008
AN/2031/2008**

Eine Beantwortung der Verwaltung liegt noch nicht vor. Die Anfrage wird daher zur nächsten Sitzung erneut auf die Tagesordnung genommen.

**8.2.3 Bundesgesetzliche Regelung im Rahmen des § 87 b SGB XI
hier: Anfrage der CDU-Fraktion vom 15.10.2008
AN/2037/2008**

Eine Beantwortung der Verwaltung liegt noch nicht vor. Die Anfrage wird daher zur nächsten Sitzung erneut auf die Tagesordnung genommen.

**8.2.4 Integrationskonzept für die Stadt Köln
hier: Anfrage der CDU-Fraktion vom 16.10.2008
AN/2049/2008**

**zu 8.2.4 Antwort der Verwaltung
4664/2008**

Da es sich bei der Beantwortung um eine Tischvorlage handelt, stimmen die Ausschussmitglieder darin überein, den Punkt auf die nächste Sitzung zu verschieben.

9 Beschlüsse gemäß § 41 Abs. 2 GO

**9.1 Durchführung eines Vergabeverfahrens und Abschluss eines Rahmenvertrages über Umzüge, Transporte, Containerbeladungen und Entrümpelungen für Obdachloseneinrichtungen und Wohnheime für Aussiedler und Flüchtlinge
4268/2008**

Beschluss:

Der Ausschuss Soziales und Senioren beschließt:

Die Verwaltung wird ermächtigt, zum Zwecke des Abschlusses eines Rahmenvertrages über Umzüge und Transporte für Einrichtungen zur Unterbringung von obdachlosen Personen, Aussiedlern und Flüchtlingen sowie Containerbeladungen und Entrümpelungen das Vergabeverfahren durchzuführen. Ab 01.01.2009 soll folgender Rahmenvertrag neu abgeschlossen werden:

Laufzeit:	Abschluss erfolgt überwiegend für:	Geschätzter Umsatz per anno:	Geschätzter Umsatz für die gesamte Vertragslaufzeit:
2 Jahre	Wohnungsversorgungsbetrieb	80.000 €	160.000 €

Der Sozialausschuss verzichtet auf die Erteilung eines Vergabevorbehaltes.

Abstimmungsergebnis:

einstimmig zugestimmt

**9.2 Vergabe der Mittel für Antirassismus-Training
4431/2008**

Beschluss:

Der Ausschuss für Soziales und Senioren beschließt:

Von den im Haushaltsplan 2008/2009 in Teilergebnisplan 0501, Soziale Hilfen, unter Zeile 15, Transferleistungen, veranschlagten Mittel für Antirassismus-Training in Höhe von 50.000,00 € werden in einem zweiten Schritt 24.158,00 € wie folgt verteilt:

- 15.000,00 €** sportjugend köln e.V. für die Förderung der Antirassismus-Arbeit, hier für die
Durchführung von Aus- und Fortbildungsmaßnahmen zu dem Themenkomplex „Bekämpfung von Intoleranz, Ausländerfeindlichkeit und Rassismus“ für Jugendbetreuer/innen im Bereich Fußballjugend im Fußballverband Köln und in Kölner Sportvereinen
- 5.750,00 €** ProRespekt für die Durchführung von ProRespekt-Trainings im Stadtbezirk Nippes für
a) Gruppenleiter/innen bzw. Mitarbeiter/innen in Jugendeinrichtungen (Supervision, Coaching und Entwicklung und Begleitung von Projekten)
b) jugendliche Multiplikatoren (Ausbildung, Supervision, Coaching und Entwicklung und Begleitung von Projekten)
in Anknüpfung an die in 2007 durchgeführte Maßnahmen
- 1.380,00 €** wir für pänz e.V. für die Durchführung der Maßnahme „Miteinander respektvoll umgehen“ in Form eines Trainingsprogramms gegen Ausgrenzung und rassistische Diskriminierung für Kinder, Jugendliche und deren Bezugspersonen (Gruppentraining für Kinder und Jugendliche und Multiplikatorenfortbildung) in der Schule bzw. Jugendeinrichtung im Stadtbezirk Innenstadt-Nord
- 2.028,00 €** Drei-Säulen-Modell der Antidiskriminierungsarbeit in Köln für den Nachdruck der Broschüre „Dissen – mit mir nicht! Ratgeber für Jugendliche, die diskriminiert werden“

Alle geförderten Träger sollen in einem kurzen Erfahrungsbericht Konzept und erzielte oder erwartete Wirkungen der durchgeführten Maßnahmen darstellen.

Die Verwaltung wird mit der Prüfung beauftragt, ob und ggf. wie die restlichen Mittel in Höhe von 842,00 € zur Förderung weiterer Maßnahmen im Sinne der Zielrichtung des Grundsatzbeschlusses verteilt werden können.

Die Beschlussfassung erfolgt vorbehaltlich der Zustimmung des Integrationsrates.

Abstimmungsergebnis:

einstimmig zugestimmt

**9.3 Mobilitätshilfe für Menschen mit Behinderung
4443/2008**

Beschluss:

Der Ausschuss für Soziales und Senioren beschließt, der Empfehlung der Stadtarbeitsgemeinschaft Behindertenpolitik zur Mobilitätshilfe für Menschen mit Behinderung als Nachteilsausgleich zu folgen und beauftragt die Verwaltung mit der Prüfung des Vorschlags und Ausformulierung eines Konzeptes.

Abstimmungsergebnis:

einstimmig zugestimmt

10 Ausschussempfehlungen an andere Ausschüsse

**10.1 Förderkonzept interkulturelle Kunstprojekte
2915/2008**

**zu 10.1 Kulturamt entwickelt sich zum Kulturbüro, DS-Nr. 1939/006 bzw. 2263/2007
sowie Sachstand institutionelle Förderung Bühne der Kulturen e.V.,
Vorlage-Nr. 3368/2008
3388/2008**

Frau Bredehorst weist zu Beginn darauf hin, dass die Broschüre zur Interkulturellen Woche vom 03. bis 09.11.2008 für interessierte Ausschussmitglieder ausgelegt wird.

Herr Dr. Schmidt-Werthern stellt kurz das Förderkonzept für interkulturelle Kunstobjekte vor. Er erklärt, dass die künstlerische Aktivität in allen Teilen der Bevölkerung sehr rege und gleichmäßig sei. Ziel des Konzeptes sei es, die künstlerischen Aktivitäten in allen Bevölkerungsteilen weiterhin zu unterstützen und den gleichberechtigten Zugang aller Kölnerinnen und Kölner zu den Fördermitteln der Stadt zu ermöglichen. Ein weiteres Schwerpunktthema richte sich an das Publikum für künstlerische Aktivitäten. Hier wolle die Verwaltung dafür Sorge tragen, dass auch in den Folgejahren interkulturelle Kunst angenommen werde.

Herr Helling erklärt seine Zustimmung zu dem Beschlussvorschlag. Er hält jedoch einige Formulierungen im Förderkonzept unter Punkt 1., Vorbemerkungen, 3. Absatz, 1. Satz für problematisch und begründet dies.

Herr Helling bestätigt die Auffassung der Verwaltung zu dem Förderkonzept, dass zur Integration auch Vielfalt und Akzeptanz gehören. Allerdings könne die Vielfalt auch ein sehr großes Potential sein, denn, wenn die Migrantinnen und Migranten in Köln auch an der Kultur partizipieren, könne dies ein enormer Faktor zur Bereicherung der Stadt sein und unsere herkömmlichen Kulturangebote teilweise völlig verändern bzw. attraktiver machen. Auf die positiven Aspekte sollte seiner Auffassung nach in der weiteren Entwicklung dieser Maßnahmenpakete stärker hingewiesen werden.

Herr Dr. Schmidt-Werthern äußert, die von Herrn Helling angesprochenen positiven Aspekte seien der eigentliche Kern des Förderkonzeptes. Er erläutert an einigen Stellen zu Punkt 1. des Förderkonzeptes, dass die Aspekte der Bereicherung durch verschiedene Kulturen sehr wohl berücksichtigt werden. Im Weiteren sei bei Punkt 1, 3. Absatz, Satz 1 die Anerkennung der Werte und Normen im Sinne des Grundgesetzes gemeint.

Herr Pohl (FDP) bittet um Erläuterungen zu der im Laufe der Jahre erfolgten Steigerung der Fördersummen, ob auch Einnahmen berücksichtigt wurden und was die Verwaltung unternehme, um die Auslastung der Veranstaltungen zu steigern.

Herr Bunk bestätigt die Auffassung von Herrn Pohl, dass sich aus der vorgelegten Darstellung leider nicht erkennen lasse, was im Einzelnen mit dem Geld gemacht worden sei. Dies könne nur im Einzelfall jeweils diskutiert werden. Die Anzahl der geförderten Projekte ergebe sich in erster Linie aus den eingereichten Anträgen und den förderfähigen Maßnahmen. Herr Bunk erklärt, er sehe über die Jahre hinweg keine einheitliche Entwicklungslinie.

Zum Thema Auslastung der Veranstaltungen gibt Herr Dr. Schmidt-Werthern zu, dass die Verwaltung ihre Vermittlungsbemühungen verstärken müsse und dass mit klassischen Kommunikationsmethoden nicht alle Gemeinschaften erreicht werden können. Es gebe aber auch genügend positive Beispiele mit hoher Auslastungsquote.

Abschließend stellt Herr Kluth die Beschlussvorlage zur Abstimmung.

Beschluss:

Der Ausschuss für Soziales und Senioren empfiehlt dem Ausschuss Kunst und Kultur/Museumsneubauten die Annahme des folgenden Beschlussvorschlags:

Der Ausschuss Kunst und Kultur/Museumsneubauten beschließt das in Anlage 1 beigefügte „Förderkonzept interkulturelle Kunstprojekte“. Gleichzeitig beschließt er die Verwendung der im Teilergebnisplan 0405 – Kulturförderung – in der Teilplanzeile 15 – Transferaufwendungen – für Kultur/Migration veranschlagten zahlungswirksamen Aufwandsermächtigungen in Höhe von 28.000 € für die Umsetzung der unter Ziff. 9 dargestellten Weiterentwicklungsvorschläge.

Abstimmungsergebnis:

einstimmig zugestimmt

10.2 Bewilligung von Zuschüssen zur Struktur- und Beschäftigungsförderung 4406/2008

Herr Helling spricht sich dafür aus, den letzten Satz unter A) zur Begründung der Förderung des DPWV zu streichen, der da heißt: Für viele der in den Quartieren vorgesehenen maß-

nahmen/Projekte fehlen schon seit geraumer Zeit entsprechende Mittel. Herr Helling erläutert, dass dieser Satz zu der falschen Vermutung führen könne, dass aus den 50.000 € auch Zuschüsse an einzelne kleine Träger vergeben werde.

Herr Helling regt weiter an, nach einem Jahr dem Ausschuss für Soziales und Senioren einen Erfahrungsbericht zu erstellen.

Zu Punkt B) bittet Herr Helling, bei der Zuschussgewährung in den Bescheid an den SSM aufzunehmen, dass es sich um eine einmalige Leistung handle. Dies sei insbesondere vor dem Hinblick zu beachten, dass auch im nächsten Jahr beim SSM wieder Erlösprobleme auftreten könnten. Dem Träger sollte klar sein, dass im nächsten Jahr nicht nochmals diese Lösung über einen städtischen Zuschuss erfolgen könne. Eine Ergänzung des Beschlusstextes um diesen Hinweis sei entbehrlich, wenn er so in die Niederschrift aufgenommen werde.

Frau Bredehorst bestätigt, dass die Vermutung von Herrn Helling zu A) zutreffend sei. Der Betrag von 50.000 € solle ausschließlich dem DPWV zu Verfügung stehen, damit dort die Arbeit geleistet werden könne, die kleinen Träger zu unterstützen. Der letzte Satz sei in der Tat etwas missverständlich, solle aber zum Ausdruck bringen, dass dieses neue Programm für kleine Träger sehr notwendig sei. Eine Streichung dieses Satzes halte sie jedoch für entbehrlich, zumal jetzt eine Klarstellung im Protokoll erfolge.

Herr Pohl (FDP) bittet um eine getrennte Abstimmung über die beiden Projekte. Er erklärt, er unterstütze den Zuschuss für den DPWV, spricht sich aber gegen die Unterstützung des SSM aus.

Herr Kellner teilt mit, es sei deutlich, dass der für den SSM vorgesehene Zuschuss einmalig sei. Die Arbeit des Vereins leiste eine wertvolle Arbeit für die Stadt. Daher sei es wichtig, den Zuschuss für den SSM zu gewähren.

Herr Kluth hält eine einmalige Unterstützung des SSM für unproblematisch.

Frau Wilden erklärt, es sei widersprüchlich, dass sich der Verein Sozialistisch nenne und gleichzeitig eine städtische Förderung verlange.

Herr Pohl (CDU) hält die Einwände von Herrn Pohl (FDP) für nachvollziehbar, erklärt jedoch seine Zustimmung zu der Unterstützung des SSM.

Herr Kluth stellt nachfolgend die Entscheidung über die Zuschüsse A) für den Deutschen Paritätischen Wohlfahrtsverband und B) für die Sozialistische Selbsthilfe Mülheim getrennt zur Abstimmung.

Beschluss:

Der Ausschuss für Soziales und Senioren empfiehlt dem Finanzausschuss die Annahme der beiden folgenden Beschlussvorschläge:

1. Der Finanzausschuss beschließt, aus den im Haushaltsplan 2008/2009 veranschlagten Mitteln für Maßnahmen zur Beschäftigungsförderung einen Zuschuss in Höhe von 50.000 € an den Deutschen Paritätischen Wohlfahrtsverband Landesverband Nordrhein-Westfalen e. V. (DPWV), Kreisgruppe Köln zu leisten.

Abstimmungsergebnis:

einstimmig zugestimmt

2. Der Finanzausschuss beschließt, aus den im Haushaltsplan 2008/2009 veranschlagten Mitteln für Maßnahmen zur Beschäftigungsförderung einen Zuschuss in Höhe von 50.000 € an den Sozialistische Selbsthilfe Mülheim e. V. (SSM), zu leisten.

Abstimmungsergebnis:

mehrheitlich zugestimmt.

Für den Beschlussvorschlag stimmen die Fraktionen SPD, CDU und Grüne. Gegen den Beschlussvorschlag stimmt die FDP-Fraktion.

10.3 Bewilligung von Zuschüssen aus dem Programm "Wir im Quartier" - Struktur- und Beschäftigungsförderungsprogramm im Stadtviertel 4437/2008

Beschluss:

Der Ausschuss für Soziales und Senioren empfiehlt dem Finanzausschuss einstimmig die Annahme des folgenden Beschlussvorschlags:

Der Finanzausschuss beschließt, aus den im Haushaltsplan 2008/2009 veranschlagten Mitteln für Maßnahmen zur Beschäftigungsförderung für das Jahr 2008 (IV. Quartal) einen Zuschuss in Höhe von 6.250 € an das Kultur- und Integrationszentrum PHOENIX-Köln e. V., einen Zuschuss in Höhe von 1.500 € an den Förderverein Höhenberg, Verein zur Förderung paritätischer Altenhilfe und Gemeinwesenarbeit in Köln Höhenberg e. V. sowie einen Zuschuss in Höhe von 6.000 € an die Arbeitsgemeinschaft gegen internationale sexuelle und rassistische Ausbeutung agisra e. V. zu leisten.

Abstimmungsergebnis:

einstimmig zugestimmt

11 Ausschussempfehlungen an den Rat

11.1 Prüfauftrag Bildungslandschaft Höhenberg Vingst 4050/2008

Frau dos Santos-Herrmann fragt nach dem weiteren zeitlichen Ablauf.

Frau Zierold antwortet, unmittelbar nachdem der Rat am 13.11.2008 den Beschluss gefasst habe, werde mit der Umsetzung begonnen.

Herr Pohl (CDU) erklärt seine Zustimmung zu diesem Prüfauftrag. Für die CDU-Fraktion sei jedoch eine Ausdehnung auf den Stadtteil Ostheim denkbar. Er regt an, diese Erweiterung zu berücksichtigen.

Frau Zierold nimmt den Hinweis von Herrn Pohl gerne zur Überprüfung auf.

Nachfolgend stellt Herr Kluth die Beschlussvorlage zur Abstimmung.

Beschluss:

Der Ausschuss für Soziales und Senioren empfiehlt dem Rat die Annahme des folgenden Beschlussvorschlags:

1.

Der Rat beschließt, dass die bestehende Bildungsarbeit in den Stadtteilen Höhenberg und Vingst auf der Grundlage der Aachener Erklärung des deutschen Städtetags als kommunale Bildungslandschaft weiter entwickelt und gestaltet wird.

Die Entwicklung bewegt sich auf zwei Handlungsebenen:

- einer pädagogischen Ebene, bei der – unter Mitwirkung aller beteiligten Akteure – die schulischen und außerschulischen Bildungsangebote, die Beratungs- und Betreuungsangebote unterschiedlicher Träger sowie die bestehenden Kooperationen in einen Gesamtzusammenhang gestellt und weiterentwickelt werden. Dies soll in der räumlichen Ausdehnung die Gesamtheit beider Stadtteile einbeziehen.

- eine räumliche Ebene, bei der pädagogisch-architektonische und wohnungspolitische Aspekte bei den Planungen berücksichtigt werden genauso wie Bedarfe, die durch die Bildungslandschaft entstehen. Diese Planungsebene soll sich auf das Terrain zwischen Olpener Str., Burgstr., Schulstr., und Regensburger Str. beziehen. Hierbei sollen die dort angesiedelten Einrichtungen Kita Augsburg Str., Montessorigrundschule Schulstr./Nebestelle Ferdinandstr. und die Hauptschule Nürnberger Str., der öffentliche Spielplatz Augsburg Str., das von der GAG geplante Mehrgenerationenhaus in der Nürnberger Str. sowie die für Abriss und Neubau vorgesehenen Sozialhäuser des WVB in der Augsburg Str. als Gesamtheit betrachtet werden.

2.

Der Rat beschließt, das Angebot der GAG zur Übernahme einer Patenschaft anzunehmen. Mit der Patenschaft unterbreitet die GAG der Stadt Köln das Angebot, die Kommunikations- und Veränderungsprozesse, die im Rahmen einer zu entwickelnden Bildungslandschaft notwendig werden, ganzheitlich einzuleiten und zu steuern und die Maßnahme durch die GAG sowohl hausintern sowie auch durch ein geeignetes Planungsbüro begleiten zu lassen. Sie erklärt sich bereit, die Federführung für den Gesamtprozess und die Kosten für eine fachliche interne und externe Begleitung sowie für im Verlauf entstehende planerische Kosten zu übernehmen.

Für die pädagogische Begleitung einer Konzeptentwicklung für die Bildungslandschaft wird die GAG einen Förderantrag über den Verband der Wohnungswirtschaft NRW an das Schulministerium NRW stellen, mit dem Ziel einer Freistellung einer Lehrkraft.

Aktuell entstehende Kosten übernimmt somit die GAG. Für die Stadt Köln leisten verschiedene Fachämter Unterstützung im Rahmen ihrer Aufgabenstellung. Haushaltsmäßige Auswirkungen liegen nicht vor.

Abstimmungsergebnis:

einstimmig zugestimmt

**11.2 Verlängerung der befristet eingerichteten Planstellen von 1,0 Stelle Facharzt/-ärztin sowie 1,0 Stelle Krankenpfleger/-schwester zur weiteren Teilnahme am Umsetzungskonzept zur medizinischen Versorgung Wohnungsloser in NRW
3975/2008**

Beschluss:

Der Ausschuss für Soziales und Senioren empfiehlt dem Rat die Annahme des folgenden Beschlussvorschlags:

Der Rat beschließt zur Weiterführung des Mobilen Medizinischen Dienstes am Kölner Gesundheitsamt und zur weiteren Teilnahme am Umsetzungskonzept zur medizinischen Versorgung wohnungsloser Menschen in NRW ab dem 01.01.2009, die Verlängerung der bis zum 31.12.2008 eingerichteten befristeten Planstellen

- a) 1,0 Stelle Facharzt/Fachärztin VGr. Ib/Ia Fgr. 1/1 BAT (jetzt E 15 TVöD) sowie
 - b) 1,0 Stelle Krankenpfleger/Krankenschwester VGr. KR VI Fgr. 7 BAT (jetzt E 9 A TVöD)
- bis zum 31.12.2010.

Die haushaltsmäßigen Auswirkungen wurden im Rahmen der Erstellung des Doppelhaushaltes 2008/2009 sowie der mittelfristigen Finanzplanung bereits berücksichtigt.

Abstimmungsergebnis:

einstimmig zugestimmt

**11.3 Verteilung der im Haushaltsplan 2008/2009 für das Jahr 2008 veranschlagten Mittel für die Spitzenverbände der freien Wohlfahrtspflege (Globalmittel einschließlich Zweckzuschüsse für besondere Aufgaben)
3430/2008**

Beschluss:

Der Ausschuss für Soziales und Senioren empfiehlt dem Rat die Annahme des folgenden Beschlussvorschlags:

Der Rat entbindet die Verwaltung von der Verpflichtung, durch Umsetzung der Maßnahme 50.1 der Haushaltsstrukturanalyse – Steuerung von Zuschüssen an Dritte – Aufbau eines Zuschussmanagements – jährliche Einsparungen von 50.000 € zu erreichen. Gleichzeitig stimmt der Rat für die Haushaltsjahre 2008 und 2009 der Erhöhung der Zuschüsse für die Spitzenverbände der freien Wohlfahrtspflege um 50.000 € zu. Die Finanzierung der zuschussbedingten Mehraufwendungen in Höhe von 50.000 € in Teilergebnisplan 0501, Soziale Hilfen, in Zeile 15, Transferaufwendungen, erfolgt durch entsprechende Wenigeraufwendungen im gleichen Teilergebnisplan, in Zeile 15, bei Leistungen nach dem Asylbewerber-

leistungsgesetz, so dass sich für den Gesamthaushalt keine Überschreitung der beschlossenen Gesamtaufwendungen ergibt.

Vorbehaltlich dieses Ratsbeschlusses beschließt der Ausschuss für Soziales und Senioren, dass aus den im Haushaltsplan 2008/2009 in Teilergebnisplan 0501, Soziale Hilfen, unter Zeile 15 veranschlagten Transferaufwendungen für 2008, Haushaltsmittel in Höhe von 946.200 € zur Förderung der Spitzenverbände der freien Wohlfahrtspflege in Köln (Globalmittel einschließlich Zweckzuschüsse für besondere Aufgaben) ausgezahlt werden.

Die Verwaltung wird beauftragt, die Restförderbeträge gemäß der beigefügten Anlage 1 unverzüglich auszuführen.

Abstimmungsergebnis:

einstimmig zugestimmt

**11.4 Soziale Stadt NRW - Mülheim-Programm
hier: Integriertes Handlungskonzept Mülheim 2020 für das Programmgebiet
"Soziale Stadt" Köln - Mülheim
3493/2008**

Die Entscheidung über die Beschlussvorlage wird auf die nächste Sitzung vertagt.

12 Anregungen und Stellungnahmen der Stadtarbeitsgemeinschaften

Zu diesem Tagesordnungspunkt liegt nichts vor.

13 Anfragen

**13.1 Demenztage
hier: mündliche Anfrage von Herrn Pohl (CDU)**

Herr Pohl (CDU) bittet die Verwaltung zur nächsten Sitzung einen Sachstandsbericht über die derzeit laufenden Demenztage vorzulegen.

Die Verwaltung nimmt diese Anregung auf.

gez. Kluth
(Vorsitzender)

gez. Kutzer
(Schriftführerin)